

MARIO KESSLER

## Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende

Mario Keßler – Jg. 1955, Berlin. Dr. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für zeithistorische Studien Potsdam und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Veröffentlichte u.a.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus (1994, 2. Auflage); Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933 (1994); Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz (1995).

1 Henry Görschler: Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus, in: Wissenschaftliche Reihe der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 539-551; Walter Mohrmann: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1953. Eine frühe Ausnahme: Siegbert Kahn: Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948.

2 Michael Wolffsohn: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995; meine Rezension: Tatsachen oder Legenden? Die SED und die Juden, in: Deutschland Archiv, 1996, Nr. 3, S. 486-488.

### *Vom Neuanfang zu altbekannten Praktiken*

Eines der schlimmsten, vielleicht das schlimmste Kapitel in der Geschichte der DDR ist das antisemitische Zwischenspiel der Jahre 1952/53 mitsamt seiner Vorgeschichte und seinen Nachwirkungen. Das Beschweigen dieser Vorgänge in der DDR über die gesamte Zeit ihrer Fortexistenz hemmte auch die notwendige Aufarbeitung der Diskussion über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu den Juden sowie zum Antisemitismus. Die wenigen in der DDR hierzu erschienenen Darstellungen sparten dieses heikle Thema aus, sprachen statt dessen von einer immerwährenden Gegnerschaft der kommunistischen Bewegungen zu jederart Antisemitismus.<sup>1</sup> Nach dem Sturz der SED-Führung und der Öffnung der Archive entstanden eine Reihe von Arbeiten über das Thema »Die SED und die Juden«, die zum Teil wissenschaftlich fragwürdig,<sup>2</sup> zum Teil solide Forschungsarbeiten sind.<sup>3</sup> Auch in der Presse wurde und wird das Thema immer wieder diskutiert.<sup>4</sup> Auch der Verfasser dieses Aufsatzes hat in die Debatte eingegriffen.<sup>5</sup> Dafür gab es Schelte aus sehr verschiedenen politischen Lagern. Im »Neuen Deutschland« testierte der Wiener Reinhard Pitsch dem Verfasser »schlechtesten Willen« bei der Aufarbeitung der bedrückenden Geschehnisse; er »wollte die DDR fluchen«, statt sich an die Tatsachen zu halten.<sup>6</sup> Mangelnde Objektivität bescheinigte ihm auch Peter Maser, als Historiker bislang eher eine Münsteraner Lokalgröße, nun aber, als wohl guter Parteiarbeiter, für die CDU in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur tätig. Keßler liebe »die sanften und gerade deshalb irreführenden Töne«; sein »Buch vermittelt fortlaufend ... Halbwahrheiten, wie sie in PDS-Kreisen bis heute gängig sind«;<sup>7</sup> Kreise, die Maser offensichtlich gut zu kennen scheint. Es genügt, hier an den marxistischen, von der SED totgeschwiegenen Historiker Arthur Rosenberg zu erinnern. Dieser hatte 1932 in seiner »Geschichte des Bolschewismus« klargelegt: »Die Aufgabe, die ich hier zu lösen suche, ist eine wissenschaftliche und keine parteipolitische ... Ich habe das Buch keiner Partei oder Gruppe zuliebe geschrieben, und ich habe auch kein Bedürfnis zu ›Enthüllungen‹ oder ›Abrechnungen‹.«<sup>8</sup> Auch hier gilt es, seine Weg zu gehen und die Leute reden zu lassen.

Im Lande, von dem aus die Vernichtung der europäischen Juden in die Wege geleitet wurde, verdient der Umgang mit Juden und Judentum gerade der ersten Nachkriegsjahre eine wissenschaftlich

sorgsame Prüfung. Dabei springt für die Sowjetische Besatzungszone zunächst ins Auge, daß der Versuch eines Neuanfangs stärker betont wurde als im Westen. Deshalb wählten viele aus dem Exil zurückgekehrte oder in Deutschland illegal überlebt habende Juden die spätere DDR als Wohnort. Die Politik der sowjetischen Behörden und ihrer deutschen Verbündeten stand in der SBZ im Zeichen des Anknüpfens an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933, vor allem ihres kommunistischen Zweiges. Doch damit knüpfte die SED, die sich seit 1948 in einem folgenschweren Prozeß der Stalinisierung befand, auch an das Assimilationskonzept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage und zur Überwindung des Antisemitismus an: Juden sollten sich, ungeachtet der jeweiligen sozio-kulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine (wie auch immer begriffene) jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Innerhalb dieser Bewegung sollten sie für eine klassenlose Gesellschaft streiten. In einer solchen Gesellschaft würde auch dem Antisemitismus jede Grundlage (die in der Komintern im wesentlichen auf ökonomische Faktoren reduziert worden war) genommen werden. Der Zionismus wurde in all seinen Varianten strikt abgelehnt.<sup>9</sup>

Es ist notierendenswert, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit führende kommunistische Politiker verschiedentlich auf die Mitschuld großer Teile des deutschen Volkes an den nationalsozialistischen Verbrechen hinwiesen; ein Thema, das in den Kontroversen um Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« jüngst an Aktualität gewann. Ein Beispiel von mehreren: Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wurde betont, daß »in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen (muß), daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt. Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: ›Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!«<sup>10</sup>

Der Historiker Olaf Groehler schrieb, die Befreiung vom Hitler-Regime durch die Armeen der Antihitler-Koalition habe bei vielen deutschen Kommunisten zu einem »Bestätigungsglauben« von der Richtigkeit der eigenen Sache geführt. Dies und die Omnipräsenz der sowjetischen Administration bestimmten die Haltung der KPD/SED gegenüber den in Ostdeutschland lebenden Juden.<sup>11</sup>

In den Erklärungen der KPD wurde der Völkermord an den Juden zwar nicht ausgeblendet, fand aber keine spezielle Hervorhebung. Dies entsprach der sowjetischen Linie, den Judenmord als ein nur sekundäres Merkmal der Nazi-Diktatur anzusehen. Dennoch gab es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren – und nur damals – ernsthafte Überlegungen, den überlebenden Juden nicht nur Individual-, sondern auch Kollektiv«entschädigung« zuteil werden zu lassen. Dies war innerhalb der KPD nicht unumstritten. Bereits im Verlauf seiner ersten Sitzungen hatte der Berliner Hauptauschuß der OdF (Opfer des Faschismus) den Begriff des Kämpfers gegen den Faschismus eingegrenzt, also den Kreis der Personen, die besondere Zuwendungen materieller Art erhalten sollten.

3 Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997; Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel, Hildesheim/Zürich/New York 1997.

4 Besonders in den zahlreichen Artikeln, die Helmut Eschwege unmittelbar nach der politischen Öffnung schrieb, z. B.: Die erneute Vertreibung der Juden, in: Leipziger Volkszeitung, 21./22. Juli 1990.

5 Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

6 Reinhard Pitsch: Antisemitismus in der DDR – Fakten und Fiktionen, in: Neues Deutschland, 26. Mai 1995.

7 Peter Maser: Antisemitismus trotz Antifaschismus, in: Das Parlament, Nr. 52-53/1996, S. 21.

8 Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus, Neuausg. Frankfurt a. M. 1966, S. 46.

9 Vgl. hierzu die Bücher des Verfassers: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz 1994; Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994.

10 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost) 1959, S. 15f.

11 Olaf Groehler: Erblasten. Der Umgang mit dem Holo-

caust in der DDR, in: Hanno Loewy (Hg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 110f.

12 Deutsche Volkszeitung (DVZ), 3. Juli 1945. Die DVZ war das Zentralorgan der KPD.

13 Ebenda, 25. September 1945.

14 Vgl. Thomas Schüler: Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 118-138.

15 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2027/30.

16 Ebenda, Bl. 3.

17 Vgl. Timm, S. 66.

18 Vgl. Schüler, S. 131ff.

19 Nora Goldenbogen: Antisemitismus und »Säuberungen« in Sachsen (1949-1953), in: Mario Keßler (Hg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Köln 1993, S. 126.

»Opfer des Faschismus«, so der Bericht in der »Deutschen Volkszeitung«, »sind Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die »Arbeitsvertragssünder«. Aber soweit können wir den Begriff »Opfer des Faschismus« nicht ziehen. Sie alle haben geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft!«<sup>12</sup> Nach Auseinandersetzungen innerhalb der OdF und der KPD sollte dann dafür Sorge getragen werden, »die rassistisch Verfolgten in den Kreis der ... Opfer des Faschismus einzubeziehen.«<sup>13</sup>

Nach seiner im Juli 1946 erfolgten Rückkehr aus dem mexikanischen Exil engagierte sich Paul Merker besonders entschieden für die Belange der jüdischen Überlebenden des Völkermordes. Er mahnte gegenüber Walter Ulbricht verschiedentlich an, daß die SED noch immer keine verbindlichen Richtlinien zur Frage der Entschädigung jüdischer Opfer des Faschismus ausgearbeitet habe und hob hervor, daß – wie 1947 in Thüringen<sup>14</sup> – die Liberal-Demokratische Partei die Initiative dazu ergriffen habe.<sup>15</sup> Doch noch im August 1947 lehnte das Zentralsekretariat Merkers Forderung nach kollektiver »Entschädigung« der Juden ab, und zwar mit der Begründung, dies fördere den Antisemitismus.<sup>16</sup> Nach einer Serie von Vorschlägen, Besprechungen und Rücksprachen innerhalb der SED-Gremien wurde am 5.10.1949, zwei Tage vor Gründung der DDR, eine Anordnung in die Wege geleitet, die sich auf individuelle Betreuung der in Frage kommenden Personen (d. h. der anerkannten Verfolgten des Nazi-Regimes) und auf beachtliche Sozialleistungen für sie konzentrierte, jedoch keine Stellung bezog zu Fragen der Restitution oder zu Entschädigungszahlungen.<sup>17</sup> Ohnehin hatte die Sowjetische Militäradministration in ihren Befehlen Nr. 124 und 126 verfügt, daß ehemals jüdische Firmen, für die sich der nationalsozialistische Staat besonders interessiert hatte, als Nazi-Vermögen unter Sequester beziehungsweise Konfiskation gelangt waren. Diese fielen somit aus den Restitutionsverfahren heraus. Andere Schiedsverfahren verliefen äußerst schleppend oder wurden im April 1949 ausgesetzt. In Einzelfällen wurde den Restitutionsansprüchen jedoch Genüge getan.<sup>18</sup>

Einen Monat nach Gründung der DDR, am 7. November 1949, richtete Hermann Matern, Vorsitzender der Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK), einen Brief an die Landesparteikontroll-Kommissionen. Darin waren der Plan und die Aufgaben zur Überprüfung aller Verantwortlichen in Staat, Partei und Wirtschaft auf Landesebene festgelegt. Nora Goldenbogen wies am sächsischen Beispiel nach, daß die dazu nachgelieferten Überprüfungshinweise innerhalb der Schweizer Emigration die Exilanten jüdischer Herkunft bereits als besonders zu beobachtende Gruppe nannten. Als Grund wurde die unterstellte Verbindung vieler ihrer Mitglieder zur zionistischen Bewegung, zum US-Geheimdienst und zu einer angeblichen »trozkistisch-jüdischen« Bewegung festgehalten. Bei allen aufgelisteten Emigrantenorganisationen wurde auf den hohen Anteil von Juden verwiesen.

Materns Brief war der Auftakt zu einer Reihe von Überprüfungen, deren Angaben an die ZPKK sowie an eigens geschaffene Sonderkommissionen weitergeleitet und dort miteinander verglichen wurden.<sup>19</sup>

Diese Hinweise wurden jedoch für die Betroffenen erst in der zweiten Überprüfungswelle, die die Merkmale einer »Säuberungs«-Aktion annahm, zur Gefahr. Im Zusammenhang mit dem antisemitischen Slánsky-Prozeß in Prag ergriff die SED-Führung auch Maßnahmen gegen Juden als solche. Dies geschah auf Druck der Moskauer Administratoren, die in der DDR wie in anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion Schauprozesse nach berühmterbüchtiger Lesart durchzuführen gedachten. Der antifaschistisch-demokratische Neuanfang in Ostdeutschland wurde durch altbekannte stalinistische Praktiken pervertiert.

*Abusch und Merker als Zielscheibe »antizionistischer« Maßnahmen*

In der ersten Welle der Partei-«Säuberungen», die 1950/51 die Stalinisierung der SED vorantrieben, wurden auch jüdische Kommunisten von den Mühlsteinen des Apparats zermalmt: Rudolf Feistmann wurde in den Selbstmord getrieben,<sup>20</sup> Lex Ende ging an der Ächtung als aus der SED Ausgestoßener zugrunde.<sup>21</sup> Unter den damals Verhafteten oder anderweitig Gemaßregelten befanden sich weitere Parteimitglieder jüdischer Herkunft. Doch spielte diese Herkunft in den Überprüfungen ersichtlich noch keine Rolle, entscheidend waren dagegen die Emigration im Westen während der NS-Zeit und das in der Emigration gezeigte oder unterstellte Verhalten. Eine Ausnahme bildeten die Vernehmungen Alexander Abuschs durch die ZPKK.

Dabei wurde versucht, Abusch solche Kontakte zu Noel Field, dem Bauernopfer im schmutzigen Spiel, anzulasten, durch die er als angeblicher »Verschwörer« hätte entlarvt werden können. Abusch schien alle Voraussetzungen zu erfüllen: Er war Westemigrant gewesen, als Jude ein Außenseiter, der dies durch Überangepaßtheit zu kompensieren suchte, und mußte Kontakte zu Erica Wallach, der Pflgetochter des Ehepaars Field, einräumen.

Diese Kontakte zwischen Abusch und Erica Wallach waren jedoch, wie die Befragungen – besser: Vernehmungen – zeigten, rein zufälliger Natur gewesen. Abusch hatte in Prag einen Brief Erica Wallachs entgegengenommen, um diesen an ihren früheren Freund Leo Bauer in Berlin zu übergeben. Bauer war jedoch kurz darauf, am 24. August 1950, als angeblicher »Parteifeind« festgenommen worden. Er wurde später in die Sowjetunion deportiert, zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt, schließlich 1956 entlassen und ging in den Westen.<sup>22</sup>

In der ersten Befragung Abuschs am 10. Juli 1950 spielte der jüdische Aspekt noch keine Rolle.<sup>23</sup> Um so stärker war dies in der zweiten Anhörung am 10. November desselben Jahres der Fall.

Max Sens und Hertha Geffke von der ZPKK unterzogen Abusch einem wahren Verhör, in dem es unter anderem um Geldsammlungen »von jüdischen Wirtschaftsemigranten« in Abuschs mexikanischem Exil, um den Verkauf von Pässen, Abuschs Mitgliedschaft in der deutsch-jüdischen Kulturorganisation Menorah, um seine – nicht existierende – Mitgliedschaft in der Jüdischen Gemeinde ging; schließlich um Abuschs Beziehungen zu Leo Zuckermann und vor allem zu Paul Merker.<sup>24</sup> In einem nachgereichten Brief beteuerte Abusch noch einmal, was er schon während der Vernehmung

20 Vgl. Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 263.

21 Vgl. Kessler: Die SED und die Juden, S. 70ff., mit zahlreichen archivalischen Belegen.

22 Vgl. Leo Bauer: »Die Partei hat immer recht«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 27, 4. Juli 1956, S. 405-413.

23 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/11, Bl. 9ff.

24 Vgl. ebenda, Bl. 30ff.

25 Ebenda, Bl. 43.

26 Vgl. auch die unveröffentlichten Passagen aus Abuschs Lebenserinnerungen, erstmals publiziert bei Karin Hartwig: Das »Gedächtnis« der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv«, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 312-323, bes. S. 321.

27 Vgl. Erica Wallach: Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfeimten, München 1969.

28 Zur Haltung ostdeutscher Politiker gegenüber dem entstehenden Staat Israel bis zu Stalins Kurswechsel vgl. Keßler, S. 47ff.; Timm, S. 81ff.

29 Zur sowjetischen Nahostpolitik und ihren antisemitischen Implikationen in den frühen fünfziger Jahren vgl. Robert S. Wistrich (Hg.): The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N. J. 1979, bes. die Beiträge von Peter Brod, Arnold Kramer und des Herausgebers.

30 Das Dokument ist abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 199-219.

unterstrichen hatte: Er habe sich seit seinem 18. Lebensjahr »nie wieder für jüdische Fragen interessiert, niemals darüber geschrieben, (er) besaß keine Erfahrung für politische Arbeit auf diesem Gebiet, und (war) außerdem noch nichtjüdisch verheiratet.«<sup>25</sup>

Dabei waren nicht die von Abusch genannten Fakten bemerkenswert, wohl aber der Ton seiner Erklärungen und seines Briefes. Er sprach und schrieb beinahe im Duktus der Entschuldigung davon, daß er sich als Jugendlicher »unter schweren häuslichen Kämpfen vom Einfluß des Judentums freimachte«, um sich der Arbeiterbewegung zuzuwenden<sup>26</sup> – als sei es gewissermaßen ehrenrührig, sich als Kommunist nach Auschwitz noch für jüdische Belange zu interessieren. Mehr als alles andere gibt dies einen Hinweis darauf, wie drastisch sich die Atmosphäre innerhalb des SED-Apparates geändert hatte.

Abuschs Begegnung mit Erica Wallach – auch sie inzwischen verhaftet und in die Sowjetunion verschleppt<sup>27</sup> – war jedoch zu flüchtig, als daß sie die Basis für ein Konstrukt hätte abgeben können, das Abusch in die Prozeß- und Verfolgungswelle stärker hineingezogen hätte. Er wurde aus dem Politbüro ausgeschlossen, aber nicht verhaftet, und erlebte später wieder einen Aufstieg bis hin zum Kulturminister und Stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden. Zum inneren Kreis der Mächtigen, dem Politbüro, bekam er jedoch nie wieder Zutritt.

Paul Merker erwies sich als ein geeigneteres Opferlamm: Er war, ungleich Abusch, Nichtjude, so daß gegebenenfalls der Vorwurf des Antisemitismus propagandistisch leichter zurückzuweisen war. Er hatte sich im mexikanischen Exil aber sehr für eine künftige Entschädigung der jüdischen Verfolgten, soweit dies irgend möglich war, eingesetzt, auch, wenn diese Opfer nicht in Deutschland leben würden. Ebenso entschieden hatte er sich für die Existenz eines jüdischen Staates ausgesprochen; damit übrigens keineswegs im Widerspruch zur Haltung der Stalin-Führung und ihrer ostdeutschen Genossen gestanden.<sup>28</sup> Allerdings hatte ab 1949 die UdSSR ihre Position gegenüber dem neuen Staat Israel geändert und setzte nun auf einen Schulteranschlag mit angeblich »progressiven« Kräften im arabischen Raum.<sup>29</sup> Ein vorheriges Engagement für Israel konnte somit nunmehr leicht Bestandteil des Sündenregisters werden, das über die Kommunisten bei der ZPKK und ihren Untergliederungen geführt wurde.

Am 2. Dezember 1952, parallel zum antisemitischen Slánsky-Prozeß und der dadurch geschürten Pogromstimmung, wurde Paul Merker verhaftet. Die Begründung wurde in einer ZK-Entscheidung nachgeliefert, in der die »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum«, so der Titel, zu ziehen waren.<sup>30</sup> Dieses Dokument ordnete sich in die Bemühungen der osteuropäischen kommunistischen Parteien ein, durch die »Entlarvung« von Parteifeinden« Beweise für die Unterwürfigkeit unter Stalins Repressionsapparat zu liefern. Damit sollten alle nationalen Entwicklungswege – gar nach jugoslawischem Vorbild unter Tito – im Ansatz verhindert werden. Die Kampagne gegen »Kosmopolitismus« – also internationalistisches Verhalten – und »Zionismus« – gemeint war hier immer die jüdische Herkunft – bildete dabei eine wichtige, wenn-

gleich nicht die alleinige Dimension. Das war ein spezifisches Merkmal des stalinistischen Antisemitismus. Damit sollte auch die noch vorhandene internationalistische, um solidarisches Handeln bemühte Traditionslinie innerhalb der SED getroffen und möglichst abgeschnürt werden. Merker, so wurde ihm in der ZK-Entscheidung vorgeworfen, habe im Exil zionistische Auffassungen vertreten und die Entschädigung der von den Nazis geraubten jüdischen Vermögen nur gefordert, um dem US-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Dies wurde von der SED-Führung mit dem nazistischen Terminus der »Verschiebung deutschen Volksvermögens« – so zweimal im Entschließungstext – gebrandmarkt.

Der Tod Stalins am 5. März 1953 und die einen Monat später erfolgte Rehabilitierung der in Moskau verhafteten jüdischen Ärzte verhinderten auch in den DDR weitere mögliche Repressalien, nicht aber die Verurteilung Merkers in einem Geheimplatz, in dem die Beschuldigungen antisemitischer Natur noch 1955 voll aufrechterhalten wurden.<sup>31</sup>

Nicht weniger bedrückend als die Verurteilung Merkers oder als die inzwischen bekanntgewordenen Fakten über seine Haft im MfS-Gefängnis Hohenschönhausen liest sich sein Kampf um eine vollständige Rehabilitierung durch die SED-Führung.<sup>32</sup>

Am 21. Juli 1956 verkündete der Erste Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR lakonisch, daß »in der Strafsache gegen Merker, Paul Friedrich ... das Urteil des Obersten Gerichts vom 30. März 1955 aufgehoben (wird). Der Angeklagte wird freigesprochen.«<sup>33</sup> Damit gab sich Merker nicht zufrieden. Er verlangte eine vollständige, also politische wie juristische Rehabilitierung sowie eine Entschädigung. Nach einem Brief an das Oberste Gericht<sup>34</sup> entschied dieses, ihm eine Pauschalsumme von 50 000 DDR-Mark zu überweisen.<sup>35</sup> Auf Merkers Anfragen an die Parteiführung antwortete ihm Walter Ulbricht am 31. Juli 1956. Ulbricht berief sich auf die 28. ZK-Tagung vom Juli 1956, um daran anschließend an Merker lapidar zu schreiben: »Die unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte durchgeführte Nachprüfung ergab, daß die Dir zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen. Das hatte bereits zu Beginn dieses Jahres zu Deiner Freilassung und zur Wiederaufnahme des Verfahrens geführt. Mit sozialistischem Gruß...«<sup>36</sup> Jede weitere Diskussion innerhalb der Partei pflegte man nach einem solchen Bescheid mit der Warnung »Keine Fehlerdiskussion!« abzubrechen. Doch Merker ließ nicht locker. Am 23. August 1956 schrieb er wiederum an Ulbricht und fragte ihn, wie der Satz auszulegen sei, daß die Merker zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur seien, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigten: »Hält das Zentralkomitee die gegen mich erhobenen und öffentlich verbreiteten Anschuldigungen weiter aufrecht und fühlt es sich nur zu dem Zugeständnis veranlaßt, festzustellen, daß diese Anschuldigungen eine strafrechtliche Verfolgung, die aber doch tatsächlich stattgefunden hat, nicht rechtfertigten?«, so Merker.<sup>37</sup>

Merker verteidigte, wie er betonte, seine Würde als Kommunist

31 Das entsprechende Urteil des Obersten Gerichts der DDR in der Strafsache Merker vom 30. März 1955 ist abgedruckt bei Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Akten, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 643-650.

32 Die entsprechenden Dokumente sind abgedruckt bei Kessler: Die SED und die Juden, S. 156-170.

33 SAPMO-BArch, DY 30, NL 102/27, Bl. 73.

34 Ebenda, Bl. 76.

35 Ebenda, Bl. 81.

36 Ebenda, Bl. 84.

37 Ebenda, Bl. 85.

38 Ebenda, Bl. 87.

39 Ebenda, Bl. 92.

40 Vgl., neben der bereits angeführten Literatur, vor allem Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), 2 Bde., Frankfurt/Oder 1996, bes. Bd. 1, S. 25ff., 219ff.

41 Zit. nach Mertens, S. 55, unter Bezugnahme auf einen Bericht der Schweriner Staatssicherheit vom 27. Januar 1953.

42 Vgl. den bei Keßler: Die SED und die Juden, S. 157-170, abgedruckten Brief Merkers an die ZPKK vom 1. Juli 1956, bes. S. 169-170. Das Dokument befindet sich im SAPMO-BArch und trägt die Signatur NL 102/27, B. 1-38.

43 Julius Meyer, nach einem Manuskript von Rainer Hildebrandt, dem Leiter der antikommunistischen »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« vom Frühjahr 1953, in dem dieser eine Gesprächsnotiz Meyers nach dessen Flucht nach Westberlin wiedergibt. Das Manuskript befindet sich in den Jewish Research Archives, New York (YIVO), und ist zit. bei Olaf Groehler: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: Olaf Groehler/Mario Keßler: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR, Berlin 1995, S. 16.

im und nach dem Prozeß sowie auch »die Interessen der Partei und ihrer Führung gegen die Werkzeuge der Berijabande, die sich über die Partei und ihre Führung erhoben, die mich auf das würdeloseste behandelten und die mich verhöhnten, weil ich es nicht vorgezogen hatte, mich ihren Verfolgungen durch die Flucht nach Westdeutschland zu entziehen, sondern mich ihnen entgegenstellte.« Als Anerkennung dafür sei er in einem für die Justiz der DDR schmachvollen Verfahren verurteilt worden. »Und nun, nachdem mit diesen Schändlichkeiten endlich aufgeräumt werden mußte, werde ich von der Parteiführung immer noch wie ein Aussätziger gemieden.« Durch den Beschluß des 28. ZK-Plenums sei versucht worden, das Unrecht »nicht aus der Welt zu schaffen, sondern es zu beschönigen und es, wenn auch in stark abgeschwächter Form, weiter aufrecht zu erhalten.«<sup>38</sup>

In seiner Antwort räumte Ulbricht ein, daß Merkers »Aufnahme in die Partei auf Grund der Beschlüsse des 28. Plenums unverzüglich hätte vollzogen werden müssen. Deine Freilassung«, so Ulbricht weiter, »wurde von der Partei und von den staatlichen Organen als Rehabilitierung betrachtet.«<sup>39</sup>

Dies war alles, was Merker an Genugtuung erfuhr. Es sei denn, man betrachtet jenes Stück Blech, das er kurz vor seinem Tode 1969 überreicht bekam, den »Vaterländischen Verdienstorden«, als eine Kompensation für erlittenes Unrecht und für die Tatsache, daß Merkers Name jahrelang gleichsam für den eines »zionistischen Agenten« und Erzverrätters stand.

### *Verdrängung der Geschichte bis ans Ende*

Die Welle an Parteiüberprüfungen, Verhaftungen, beruflichen Degradierungen und Parteiausschlüssen intensivierte sich während des gesamten Winters 1952/53.<sup>40</sup> Auch die Jüdischen Gemeinden, soeben noch mit staatlichen Zuwendungen bedacht, galten nun sozusagen als »Fünfte Kolonne« des Imperialismus. Zu Beginn des Jahres 1953 wurden die Büros der Gemeinden von MfS-Mitarbeitern durchsucht, Gemeindeglieder verhaftet und verhört und verschiedentlich den Gemeindegliedern vorgeworfen, sie seien als Zionisten »bereit und fähig, im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes zu arbeiten.«<sup>41</sup> In diesem Zusammenhang wurde Paul Merker unterstellt, er habe jüdische SED-Mitglieder aufgefordert, den Gemeinden beizutreten. Merker wies dies zurück, aber der Vorwurf wurde wiederholt.<sup>42</sup> In der Tat waren zahlreiche Juden in der DDR vom US-amerikanischen Joint Distribution Committee materiell unterstützt worden; eine Tatsache, die den Parteioberen seit langem bekannt und von ihnen toleriert worden war. Doch dies galt nunmehr als zutiefst suspekt. Nach einer Gesprächsnotiz des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Julius Meyer, waren bereits im Dezember 1951 führende Gemeindeglieder zur Sowjetischen Kontrollkommission bestellt und gefragt worden: »Woher bekommen Ihre Gemeinden ihre Anordnungen? Bekommen sie diese in der Weise wie die Kirche aus Rom? Haben sie Hirtenbriefe? ... Ist Ihnen denn nicht klar, aus welchen Gründen ›Joint‹ die Liebesgaben nach Deutschland bringt?«<sup>43</sup>

Seit Ende 1952 wurden die Gemeindebüros von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes durchsucht und die Akten beschlagnahmt.<sup>44</sup> Dies löste große Ängste unter den Juden aus. Leo Zuckermann, der zeitweilig Wilhelm Piecks Kanzleichef war, suchte Zuflucht in der Westberliner Wohnung von Heinz Galinski. Allein im Januar 1953 flohen 400 Juden in den Westen, darunter Zuckermann und Meyer. Der amerikanische, in Berlin tätige Rabbiner Nathan Peter Levinson drängte Galinski, die Juden in der DDR aufzufordern, diese zu verlassen. Nach anfänglichem Zögern willigte Galinski ein und berief eine Pressekonferenz ein. Die Gemeindebibliothek wurde aus Ostberlin über die offene Grenze in den Westteil der Stadt gebracht.<sup>45</sup> Auch die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden von Leipzig, Erfurt, Halle und Schwerin gingen in den Westen. Erst Stalins Tod beendete diese Phase des Drucks und des Leidens. Doch blieb, wie der Zeitzeuge Heinz Brandt berichtete, das Mißtrauen vieler Juden gegenüber der Staatsmacht noch längere Zeit unterschwellig, doch deutlich spürbar. Immerhin wurden jetzt die bislang sehr zögerlich bearbeiteten Rückkehrwünsche – es gab sie nach alledem tatsächlich noch! – jüdischer Emigranten schneller bearbeitet, wie Carl Jacob Danziger und Franz Loeser festhielten.<sup>46</sup> Es gibt nichts, was den Druck auf die Jüdischen Gemeinden, was die Verfolgung jüdischer Kommunisten auch nur irgendwie rechtfertigen oder relativieren könnte. Dennoch bleibt, so makaber dies klingen mag, festzuhalten, daß es in der DDR keine Exzesse wie in der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei gab. In der DDR wurden von offizieller Seite, entgegen mancher Befürchtungen unter den Juden, keine Pogrome angezettelt oder auch nur geduldet. Im Gegenteil: Das »Neue Deutschland« berichtete am 29. Januar 1953, daß die Bezirksgerichte von Magdeburg, Gera und Frankfurt/Oder mehrere Bürger, »die antisemitische Hetzparolen und Verleumdungen über jüdische Mitbürger verbreitet hatten«, zu Zuchthausstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilte.<sup>47</sup> Schließlich traten während des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 keinerlei antisemitische Begleiterscheinungen zutage. Die alte nazistische Propagandafigur vom »jüdischen Bolschewismus« zeigte keine Folgen! Die demonstrierenden Arbeiter entsannen sich demokratischer und teilweise auch sozialistischer Traditionen und nahmen sie in ihren Forderungskatalog auf.<sup>48</sup> Lutz Niethammer betonte, die Juden in der DDR »sympathisierten in der Regel mit dem Drang nach einer Liberalisierung der Verhältnisse und mit einer Verdrängung des SED-Bonzentums, aber angesichts einer bewegten und undisziplinierten Masse von Deutschen, die acht Jahre nach Hitler die Macht der Straße erkämpften und unter denen es binnen weniger Stunden auch zu Gewalttätigkeiten kam, empfanden sie Angst und waren deshalb der Roten Armee für ihre weitgehend unblutige Intervention nicht undankbar.«<sup>49</sup> Dies deckt sich mit den Stellungnahmen beispielsweise von Hans Mayer, der unmittelbar nach der Beendigung der Revolte durch die sowjetischen Truppen schrieb: »Es ging bei uns am 17. Juni in Wahrheit um Faschismus oder Antifaschismus. Es ist sinnlos, sich in dieser Grundfrage irgend etwas vormachen zu wollen. Außerdem haben die Älteren unter uns noch gewisse Bilder in der Erin-

44 Hierzu mit Belegen der an dieser Stelle weit sachlicher argumentierende Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: Shulamit Volkov/Frank Stern (Hg.): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1991, Gerlingen 1991, S. 404.

45 Ebenda, sowie Mertens, S. 54ff.

46 Vgl. Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 192f.; Carl Jacob Danziger: Die Partei hat immer recht, Stuttgart 1976, S. 27; Franz Loeser: Antisemitismus in der DDR, in: Kontinent, 1989, Nr. 2, S. 50-54; vgl. auch ders.: Die ungläubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR? Köln 1984 (Loesers Memoiren).

47 Neues Deutschland, 29. Januar 1953.

48 Vgl. Thorsten Dietrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

49 Lutz Niethammer: Zur Einführung. Der 17. Juni - vierzig Jahre danach, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S. 47.



50 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/9.04/426; zit. nach Arnim Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 112f.

51 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 2, (Taschenbuchausg.) Frankfurt am Main 1988, S. 50.

52 Alfred Kantorowicz: Deutsches Tagebuch, Bd. 2, Berlin (West) 1980, S. 365.

nerung, gewisse Klänge im Ohr. Klirrende Fensterscheiben, Verbrennungen von Büchern und Papieren, Brandstiftungen, Plünderungen, Jagd auf Menschen, Lynchjustiz ... Was wäre geschehen, wenn das da gesiegt hätte?«<sup>50</sup> Jahrzehnte später hielt Mayer im Rückblick fest, daß es »kaum aufregend« in Leipzig war. »Ziemlich viele Radfahrer auf feinen und unverkennbar westlichen Fahrrädern, die rasch davonzuflitzen schienen, fielen mir auf.«<sup>51</sup>

Die Auseinandersetzung um den 17. Juni schob das Problem des Antisemitismus in der SED ganz in den Hintergrund. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, daß gerade jüdische Kommunisten, die noch Monate zuvor die Staatsmacht, ihren Partei- und Sicherheitsapparat und vor allem den Willen des sowjetischen Diktators fürchten mußten, nun in der Präsenz ebendieser Staatsmacht eine Garantie für ihre – relativ – sichere Existenz sehen mußten. Dabei dachten durchaus nicht alle so, verdrängten nicht alle die bedrückende Wirklichkeit. Alfred Kantorowicz, der am 17. Juni im Krankenhaus lag, notierte wenig später in sein Tagebuch: »Warum haben wir Intellektuellen und alten Sozialisten uns nicht an die Spitze der Bewegung gestellt? Was außer passiver Resistenz, außer Raunzen, Klagen, äußerstenfalls geistiger Selbstbehauptung haben wir getan?«<sup>52</sup> Ob die demonstrierenden Arbeiter freilich auf staatstragende Intellektuelle damals gehört hätten, muß indes wenigstens offen bleiben. Nach dem 17. Juni saßen Ulbricht und die Seinen fester denn je zuvor im Sattel. Diese neue Konstellation bewog die noch in der DDR verbleibenden Juden, sich oft notgedrungen enger an das Regime zu binden.

Die Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR hätte somit eine freie Diskussion über Grundfragen der ostdeutschen Geschichte notwendig gemacht. Dies war bis zum Herbst 1989 nicht möglich. Allerdings verschwand nach dem Tode Stalins der spezifisch stalinistische Antisemitismus, der zum einen als Waffe in Fraktionskämpfen eingesetzt wurde, zum anderen sich gegen ungeschützte Minoritäten – wie fast jede Spielart des Stalin-Terrors – richtete. Er feierte Anfang 1968 noch einmal in Polen eine traurige Wiederauferstehung, was – unter anderem – auch darauf verweist, wie wenig die nachstalinistischen Gesellschaften des bürokratischen Sozialismus ihr Erbteil wirklich abzustreifen vermochten.